

**Ergebnisprotokoll**  
**der 42. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung**  
**und Energie vom 05.03.2015**

Beginn: 15.35 Uhr

Ende: 17.55 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Frau Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Herr Eickhoff  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Polzin  
Herr Bürger  
Frau Urban  
Herr Viering  
Herr Runge  
Frau Jüngst  
Herr Kurz  
Herr Imholze  
Frau Nanninga  
Herr Donaubauer  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-  
kehr

BBN  
ASV

**III Gäste**

Herr Dr. Steinbrück  
Herr Blanke  
Herr Ilgner  
Herr Judel

Landesbehindertenbeauftragter  
Beiratssprecher Huchting  
Beiratssprecher Borgfeld  
Vorsitzender des Landesverbands der  
Gartenfreunde Bremen e. V.

**IV Gastdeputierte**

Herr Hamann  
Frau Metschies  
Frau Dr. Schierenbeck

SPD-Fraktion  
SPD-Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 42. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**TOP 2** „Genehmigung von Protokollen“ wird **verschoben**.

Als **Tischvorlage** liegen die Unterlagen vor zu

**TOP 4** „Beschluss zu einem Umlaufverfahren“

**TOP 10** „Kleingartenplan 2025“

**Nachtrag TOP 22n)** „Fahrradstraßen integriert planen und kommunizieren“

**Nachtrag TOP 22o)** „Sachstand des Bauabschnitts 2/2 der BAB A281“

**Frau Neumeyer** regt an, den TOP 10 „Kleingartenplan 2025“ auszusetzen, da gerade ein neuer Vorstand des Landesverbandes der Gartenfreunde gewählt worden sei und ihre Fraktion noch keine Gelegenheit hatte, mit dem neuen Vorstand in Kontakt zu treten.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass Herrn Judel, der neue Landesvorsitzende des Landesverbandes der Gartenfreunde anwesend ist. Er schlägt vor, Herrn Judel durch die Deputation Rederecht zu erteilen, so dass er sich kurz vorstellen und seine Sichtweise zum TOP 10 zur Kenntnis geben könne.

Die Deputation ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/40 der Sitzung am 08.01.2015)	
-------	---	--

- verschoben -

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Beschluss zu einem Umlaufverfahren</b> -02-	Vorlage 18/519
-------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung eines schriftlichen Umlaufverfahrens zu den o. g. Deputationsvorlagen zu.

Einstimmig

TOP 5	<b>Bebauungsplan 2432 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen</b> - <b>Bahnhofplatz,</b> - <b>An der Weide und</b> - <b>den Gleisanlagen des Hauptbahnhofs</b> <b>(Postamt 5 und ehemalige Gleishalle)</b>  - Öffentliche Auslegung -63- / -FB 01-	Vorlage 18/498
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2432 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Bahnhofplatz, An der Weide und den Gleisanlagen des Hauptbahnhofs (Postamt 5 und ehemalige Gleishalle) (Bearbeitungsstand: 27.11.2014) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2432 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Bahnhofplatz, An der Weide und den Gleisanlagen des Hauptbahnhofs (Postamt 5 und ehemalige Gleishalle) (Bearbeitungsstand: 27.11.2014) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 6	<b>Bebauungsplan 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken</b>  - Öffentliche Auslegung -64- / -FB 01-	Vorlage 18/510
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken (Bearbeitungsstand: 27.01.2015) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 13a Abs. 2

*Nr. 1 i. V. mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken (Bearbeitungsstand: 27.01.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

*Einstimmig*

<b>TOP 7</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Betriebskindertagesstätte zwischen Im Holter Feld und Vahrer Feldweg in Bremen-Sebaldsbrück</b>  -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -61- / -FB 01-	Vorlage 18/515
--------------	--	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Betriebskindertagesstätte zwischen Im Holter Feld und Vahrer Feldweg in Bremen-Sebaldsbrück (Bearbeitungsstand: 12.11.2014).*

*Einstimmig*

<b>TOP 8</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 102 (mit Vorhabenplan 102) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum</b> <b>- südlich der Heriwardstraße</b> <b>- westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358)</b> (Öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/504
--------------	---	-------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 102 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum südlich der Heriwardstraße, westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ (Bearbeitungsstand: 22.01.2015) einschließlich Begründung zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 102 für ein Gebiet Bremen-Burglesum südlich der Heriwardstraße, westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ (Bearbeitungsstand: 22.01.2015) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.*

*Einstimmig*

<b>TOP 9</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum - westlich der Bremerhavener Heerstraße (Planaufstellungsbeschluss) -BBN-</b>	Vorlage 18/505
--------------	---	-------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 29.01.2015) bezeichnete Gebiet in Bremen-Burglesum westlich der Bremerhavener Heerstraße ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 103 - mit Vorhabenplan 103). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum, westlich der Bremerhavener Heerstraße (Bearbeitungsstand 29.01.2015), im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.*

*Einstimmig*

<b>TOP 10</b>	<b>Kleingartenplan 2025 Übergangsregelung zum Umgang mit Behelfsheimen nach den bisherigen Dienstanweisungen Nr. 421 und 422 -SV-BV-</b>	Vorlage 18/520
---------------	--	-------------------

**Herr Senator Lohse** begrüßt Herrn Judel als neuen Vorsitzenden des Landesverbandes des Vereins der Gartenfreunde und bittet ihn, sich der Deputation vorzustellen und aus Sicht des Landesverbandes zum Thema Stellung zu nehmen.

**Herr Judel** erklärt, dass er die Vorlage sehr kurzfristig erhalten habe, so dass noch keine Gelegenheit war, diese im Gremium zu beraten. Der Landesverband sei nicht in die Entwicklung dieses Themas mit einbezogen worden. Die Dienstanweisung solle bis zur Erstellung des Kleingartenplanes 2025 gelten. Es sei aber offen, wann dieser erstellt werde. Die in der Dienstanweisung enthaltene Stichtagsregelung würde in der Praxis ein massives Problem bei Schätzungen darstellen. Der Vorstand wolle sich gerne mit der Dienstanweisung intensiver beschäftigen, bevor er eine abschließende Meinung äußere.

**Frau Dr. Schaefer** führt aus, dass man bis zur Erstellung des Kleingartenplans 2025 eine Rechtssicherheit für die Kaisenhausbewohner und –besitzer brauche. Es sei wichtig, den Kleingartenplan 2025 sehr zeitnah und in Zusammenarbeit mit dem Landesverband des Vereins der Gartenfreunde zu erstellen, am besten noch in diesem Jahr. Bis dahin herrsche Unsicherheit bei den Menschen, die in den Kaisenhäusern wohnen. Das betreffe auch deren Ehepartner. Deswegen sei es richtig, dass hier vorgesehen sei, das Auswohnrecht auf die Ehepartner mit zu übertragen. Es mache keinen Sinn, immer wieder Abrissvereinbarungen abzuschließen, während die Stadt mit dem Abriss nicht hinterher komme. Intakte Häuser würden anfangen zu verfallen, weil sie nicht mehr bewohnt und auch nicht anders genutzt würden. Es

sei sehr wichtig, dass diese Abwärtsspirale endlich durchbrochen werde. Man wolle nicht das Wohnen in den Kleingartengebieten. Aber es sollten intakte Häuser nicht mehr mit Steuergeldern abgerissen werden oder weil sie mangels Haushaltsmitteln nicht abgerissen werden, verfallen und negative Auswirkungen auf die Nachbargrundstücke haben. Diese intakten Häuser sollten dann kleingärtnerisch genutzt werden können. Man wolle eine Stichtagsregelung, aber trotzdem müsse man sich jetzt mit dem Landesverband zusammensetzen und offene Fragen klären wie z.B. die Schätzungen. Wer einen Kleingarten pachte oder erwerbe, dürfe nicht über die geltenden 24 m<sup>2</sup> hinaus bauen. Der TOP solle nicht ausgesetzt werden, damit die KaisenhäusbewohnerInnen endlich die Sicherheit bekämen, die sie seit langem einforderten.

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass es nicht nur um die Kaisenhäusbewohnerinnen und –bewohner gehe. Dass es Rechtssicherheit geben müsse, sei richtig. Aber es gehe insgesamt um die Frage, wie die Perspektivplanung für die Kleingartengebiete aussehen solle. In einigen Bereichen, gerade im Bremer Westen, gebe es einen hohen Leerstand. Andere Kleingartenbereiche seien sehr nachgefragt. Insgesamt sei ein positiver Trend zu verzeichnen. Darüber müsse man gemeinsam mit dem Landesverband und auch mit den Beiräten beraten. Man befinde sich auf einem guten Weg, zu einem konstruktiven Dialog. Der Kleingartenplan 2025 müsse in der neuen Legislaturperiode schleunigst erarbeitet werden. Dabei sei eine Grundvoraussetzung, dass dies mit den Vereinen, mit dem Landesverband gemeinsam geschehe.

**Frau Neumeyer** hält es trotzdem für ein gutes Signal, wenn man dem neu gewählten Vorstand, der diese Arbeit ehrenamtlich übernehme, auch Gelegenheit gebe, mit den Fraktionen über diese Vorlage intensiv zu diskutieren. Das sei auch ein Zeichen von Bürgerbeteiligung. Es schade nicht, wenn der Beschluss auf die nächste Sitzung vertagt werde. Dies sei man dem neu gewählten Gremium schuldig.

**Herr Staatsrat Golasowski** erklärt, dass gerade wegen des Stichtages ein Beschluss heute wichtig sei. Je weiter dieser hinausgeschoben werde, umso mehr Gelegenheit bestünde für diejenigen, die unzulässiger Weise die erlaubten 24 m<sup>2</sup>- Gebäude erweitern wollten. Die Dienstanweisung wirke nach innen in die Verwaltung und die MitarbeiterInnen brauchten Klarheit für das Verwaltungshandeln. Für das Problem, wie man mit den Schätzungen umgehen solle, biete er an, sehr kurzfristig ein Gespräch zu führen. Es gebe keine verbindlichen Regelungen aus dem Gesetz, die besagen, wie geschätzt werden müsse. Es gehe hier um Duldungen und es liege in der Hand der Kleingartenvereine, bei Schätzungen mit einem solchen geduldeten Gebäude umzugehen.

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass über die Inhalte der Dienstanweisung Einigkeit bestehe. Man sei sich einig, dass das Auswohnrecht auf die Ehepartner übertragen werden solle. Man sei sich auch einig, dass illegales Wohnen nach wie vor nicht gestattet werden solle, aber nicht per se mit dem Abriss bestraft werde und unbewohnte Kaisenhäuser ebenfalls nicht grundsätzlich abgerissen werden sollten. Der Umgang mit den Kaisenhäusern werde im Kleingartenplan 2025 aufgegriffen werden. Sie schlägt vor, die Vorlage zu beschließen und sich zur Klärung der offenen Fragen zeitnah mit dem Vorstand des Landesverbandes auf einen Termin zu verständigen. Das gebe den Vorständen in den Kleingartengebieten und den KaisenhäusbewohnerInnen die Sicherheit, die sie haben wollen.

**Herr Gottschalk** unterstützt diesen Vorschlag. Das angesprochene Problem sollte im Nachgang sehr eingehend erörtert werden und wenn man feststelle, dass es erforderlich sei, an einem bestimmten Punkt nachzusteuern, dann werde man das auch tun.

**Frau Neumeyer** möchte wissen, welche Möglichkeiten die Deputation habe, wenn die Gartenfreunde beschließen, dass sie bestimmte Punkte nicht mittragen könnten.

**Herr Senator Dr. Lohse** sagt zu, dass mit dem Vorstand des Landesverbandes der Gartenfreunde e.V. zeitnah nach dessen Beratung über die Vorlage ein Gespräch geführt wird, um Fragen, Bedenken und Anregungen zu besprechen. Der Deputation werde anschließend dar-

über berichtet werden. Die Deputation habe immer die Möglichkeit bei einer neuen Sachlage oder Vorliegen neuer Erkenntnisse vorangegangene Beschlüsse zu hinterfragen und ggf. zu modifizieren.

**Der Antrag von Frau Neumeyer auf Aussetzung wird gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.**

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt die oben genannten Eckpunkte für eine Übergangsregelung und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Dienstanweisung entsprechend anzupassen.*

*Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU*

<b>TOP 11</b>	<b>Erhaltung und Anpassung von Straßen einschließlich der Wege, Plätze, Radwege und der Verkehrsleiteinrichtungen 2015</b> -ASV-	Vorlage 18/501
---------------	---	-------------------

**Herr Strohmann** bittet um Aufklärung, weshalb für die Beschilderung/ Fahrradbügel 700.000 € vorgesehen seien, während für die wichtige Aufgabe der Instandhaltung von Brücken insgesamt nur 1,5 Mio € eingeplant würden. Dies sei ein Missverhältnis.

**Herr Liess** bittet um Erläuterung, was unter wesentlichen Änderungen zu verstehen sei.

**Frau Pieper** erläutert, dass in der Position Beschilderungen und Fahrradbügel auch die Neuerrichtung der Bügel und Schilder enthalten sei. Wesentliche Änderungen könnten insbesondere unter Buchstabe D Baumaßnahmen auftreten. Dort könne es bei einzelnen Maßnahmen zu zeitlichen Verzögerungen kommen. In solchen Fällen wäre der Deputation zu berichten.

**Herr Strohmann** kann die Mittelzuteilung trotzdem nicht nachvollziehen. Der Erhalt von wichtigen Brücken sei infrastrukturell viel wichtiger als neue Fahrradbügel. Seine Fraktion werde sich daher bei dieser Vorlage enthalten, auch wenn sie ansonsten gut und es der richtige Weg sei, gerade im Bereich der Fahrradentwicklung etwas zu tun.

**Herr Dr. Steinbrück** hat Diskussionsbedarf zu Querungshilfen. Er habe einen Dissens mit dem ASV, was die Anforderungen an die Gestaltung dieser Querungshilfen angehe. Möglicherweise reiche dieser Kostenansatz nicht aus. Das Thema bauliche Gestaltung der Querungshilfen müsse diskutiert werden. Es gehe um die Frage, Querungshilfen grundsätzlich für alle barrierefrei auszugestalten. Das sei eine grundsätzliche Entscheidung, die man sehr bewusst fällen müsse.

**Frau Pieper** sagt zu, Querungshilfen in Absprache mit Herrn Dr. Steinbrück barrierefrei zu gestalten.

**Herr Hamann** bittet um einen Bericht, nach welchen Anforderungen und unter welcher Beteiligung Querungshilfen eingerichtet werden.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung*



*und Energie (S) ermächtigt das Amt für Straßen und Verkehr im Bedarfsfall eine Erhaltungsmaßnahme zu-rückzustellen und stattdessen andere notwendige Maßnahmen der Straßenerhaltung durchzuführen. Bei wesentlichen Änderungen wird der Deputation berichtet.*

*Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU*

<b>TOP 12</b>	<b>Erhaltung von Ingenieurbauwerken 2015</b> -ASV-	Vorlage 18/511
---------------	---	-------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags um folgenden Satz ergänzt wird: „Bei wesentlichen Änderungen wird der Deputation berichtet.“

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Sachdarstellung und die Kostenermittlung zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung der Maßnahmen 2015 zu und ermächtigt das Amt für Straßen und Verkehr im Bedarfsfall eine Erhaltungsmaßnahme zurückzustellen und stattdessen andere notwendige Maßnahmen des Brücken- und Ingenieurbaus durchzuführen. Bei wesentlichen Änderungen wird der Deputation berichtet.*

*Einstimmig*

<b>TOP 13</b>	<b>Abbruch und Neubau der Brücke Warfer Landstraße (BW Nr. 350)</b> -ASV-	Vorlage 18/508
---------------	--	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 14</b>	<b>Erhaltung und erweiterte Sicherheitsausstattung des Hemelinger Tunnels BW 2021</b> -ASV-	Vorlage 18/509
---------------	--	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Bau und Verkehr (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 15</b>	<b>Verwendung von Investitionsmitteln im öffentlichen Grün</b> -3-	Vorlage 18/516
---------------	---	-------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahmen zu.*

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) ermächtigt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Bedarfsfall eine Einzelmaßnahme zurückzustellen und stattdessen andere notwendige Maßnahmen der Verkehrssicherung durchzuführen. Bei wesentlichen Änderungen wird der Deputation berichtet.

Einstimmig

TOP 16	<b>ÖPNV – Großvorhaben Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr/ Weyhe Einwerben von Mitteln für bauvorbereitende Leistungen im Bereich der Bremen-Thedinghauser-Eisenbahn (BTE) auf bremischem Gebiet</b> -51-	Vorlage 18/496
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung für die Bereiche des Infrastruktureigentümers BTE auf bremischem Gebiet zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung des Planungskostenrisikos im Zusammenhang mit der Vereinbarung mit Stuhr und Weyhe vorbehaltlich eines entsprechenden Senatsbeschlusses zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die ergänzende Kostenermittlung zur Vorlage 18/434(S) für die Leistungsphase 6 der BgA-Abschnitte zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 17	<b>LKW-Führungsnetz (Stand 2014)</b> -5-	Vorlage 18/463
--------	---	-------------------

**Herr Saxe** stellt fest, dass den Wünschen der Menschen nach Tempo 30 und weniger LKW-Verkehren in ihren Wohngebieten Rechnung getragen werde. Gleichzeitig sei Bremen ein Wirtschaftsstandort. Beide Interessen gegeneinander abzuwägen sei mit der Vorlage gut gelungen.

**Herr Pohlmann** erinnert an die lange Dauer des Verfahrens mit vielen Beteiligungsrunden auf Stadtteilebene. Tempo 30 werde durchgängig in den einzelnen Beiräten gefordert. Dem sollte man auch nachkommen. Bremen sei ein industrieller Wirtschaftsstandort und es sei eine große Herausforderung gewesen, sich mit den Vertretern der Logistikwirtschaft, mit der Handelskammer und anderen auf ein LKW-Führungsnetz zu verständigen, das beiden Belangen gerecht werde.

**Herr Strohm** erklärt, dass die Vorlage ausgewogen sei, auch wenn dem einen oder anderen Wunsch eines Beirats nicht gefolgt werden konnte. Ärgerlich sei im Beiratsbereich Strom das bestehende Problem mit der Stromer Landstraße. Dies könne jedoch nicht in Bremen gelöst werden.

**Herr Blanke** zeigt sich erfreut, dass der LKW-Verkehr nicht mehr durch die Kirchhuchtinger Landstraße, die Heinrich- Plett- Allee und den Wardamm geführt werden solle. Für die nächste

Fortschreibung des Planes habe der Beirat die Huchtinger Heerstraße auf der Liste. Er möchte wissen, wann mit der Umsetzung gerechnet werden könne. Angesichts der bevorstehenden Baumaßnahmen in Huchting befürchte der Beirat Verdrängungsverkehre.

**Herr Polzin** erläutert, dass Tempo 30 auf einem Abschnitt in der Kornstraße, auf der Habenhauser Landstraße, auf der Achterstraße, auf der Hemelinger Heerstraße, auf der Bremerhavener Heerstraße und auf der H.-H.-Meier- Allee geplant sei. Einige dieser Straßen hätten keinen Radweg oder andere Sicherheitsdefizite. Diese Planung werde jetzt mit den Beiräten abgestimmt und solle danach zeitnah umgesetzt werden. Das LKW-Führungsnetz werde durch den dokumentierenden Plan umgesetzt. Wenn der Senat und die Bürgerschaft beschlossen haben, werde gedruckt und verteilt. Dies solle noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Es gehe um eine Wegweisung, die zu einer anderen Orientierung führen solle. In der Vergangenheit sei anhand von Verkehrszählungen festgestellt worden, dass das LKW- Führungsnetz sehr stark greife und die Fahrer sich an die Routen halten würden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt den Bericht der Deputation in Kenntnis der eingegangenen Anregungen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage 1 zum Bericht) sowie das aktualisierte Lkw-Führungsnetz (Stand 2014) gemäß Anlage 2 zum Bericht für das Gebiet der Stadtgemeinde Bremen und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Weiterleitung an den Senat und die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zur Beschlussfassung.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der vorgeschlagenen Finanzierung und Realisierung des Lkw-Führungsnetzes (Stand 2014) für das Gebiet der Stadtgemeinde Bremen zu.

*Einstimmig*

<b>TOP 18</b>	<b>Umgestaltung Osterstraße Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ Alte Neustadt / Buntentor und des Konzeptes „Bremer Innenstadt 2025“</b> -7-	Vorlage 18/513
---------------	--	-------------------

**Frau Metschies** erklärt, dass der Beirat Neustadt dieses Projekt, ebenso wie die TOP 20- 22a) ausdrücklich begrüße.

Beschluss:

Die Deputation für Bau und Verkehr (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme sowie der Finanzierung zu.

*Einstimmig*

<b>TOP 19</b>	<b>„Bremer Bündnis für Wohnen – 2. Wohnraumförderungsprogramm“</b> -7-	Vorlage 18/517	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 41. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 05.03.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und

*Energie (S) beschließt, die Fördermittel aus dem 2. Wohnraumförderungsprogramm zu 80 % in der Stadtgemeinde Bremen und zu 20 % in der Stadtgemeinde Bremerhaven einzusetzen. Sofern sich im Jahresverlauf eine abweichende Bedarfslage ergibt, können die Mittel im Einvernehmen zwischen den beiden Stadtgemeinden wie bisher anders verteilt werden.*

*Einstimmig*

<b>TOP 20</b>	<b>Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen Neustadt Grünzug Mittlere Quartiersachse Funktionale und gestalterische Erneuerung einer Wege- und Grünverbindung im Ortsteil Huckelriede -7-</b>	Vorlage 18/500
---------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der funktionalen und gestalterischen Erneuerung des Grünzuges „Mittlere Quartiersachse“ zum Erreichen der Sanierungsziele zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der dargestellten Finanzierung der Maßnahme zu.

*Einstimmig*

<b>TOP 21</b>	<b>Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen Neustadt Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd für gemeinnützige Zwecke -72-</b>	Vorlage 18/482
---------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Revitalisierung des Spielfeldes in der Bezirkssportanlage Süd sowie dessen Nutzung für gemeinnützige Zwecke der aktivierenden Kinder- und Jugendarbeit zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der dargestellten Finanzierung der Maßnahme zu.

*Einstimmig*

<b>TOP 22</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 22a)</b>	<b>Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof Projekt Wohnumfeldverbesserung Valckenburghquartier -7-</b>	BdV schriftlich

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22b)	<b>Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung: Sachstandsbericht Projekte des Ressorts UBV</b> -02-	BdV schriftlich	L/S
----------	--	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 41. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 05.03.2015.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22c)	<b>Gestaltung des künftigen Kiosk- Gebäudes am Bahnhof Blumenthal</b> - SBD, BBN -	BdV mündlich
----------	---	-----------------

**Herr Donaubauer** berichtet, dass der Vorhabenträger den Bahnhof Blumenthal im baulichen Anschluss mit einer gastronomischen Nutzung versehen wollte. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, diese Nutzung städtebaulich eigenständig zu formulieren und ins Zentrum dieser Eingangssituation von Blumenthal zu setzen. Der Bebauungsplan habe mit diesen Zielen ausgelegt. Es sei vorgesehen, dort ein Sondergebiet auszuweisen. Es handele sich um einen sehr exponierten, öffentlichkeitswirksamen Bereich an der Nahtstelle zwischen dem künftigen Busbahnhof und privatem Bahnhofsgebäude. Vorgesehen sei ein gastronomisches Angebot und Verwaltungs- und Aufenthaltsräume für die BSAG- MitarbeiterInnen. Weiter seien dem Reiseverkehr dienende Läden und Räume für kulturelle, soziale und allgemeine Zwecke zulässig. Es wurde mit dem Vorhabenträger eine Begleitung der Entwurfsgestaltung verabredet und darauf aufbauend werde ein städtebaulicher Vertrag vorbereitet. Das Baufenster sehe maximal 200 m<sup>2</sup> Grundfläche und maximal 400 m<sup>2</sup> Geschossfläche vor. Mit diesem Tenor sei eine Stellungnahme an die wfb, die das Grundstück vermarkte, abgegeben worden. Aktuelle warte man auf eine Rückmeldung des Vorhabenträgers, ob der Bebauungsplan im April in die Deputationsitzung eingebracht werden könne. Es sei vorgesehen, dass das Kioskgebäude erst in einem letzten Bauabschnitt entstehen solle.

**Frau Dr. Schaefer** betont, dass es um eine städtebaulich sehr exponierte Lage und das Entree nach Blumenthal gehe. Blumenthal müsse aufgewertet werden. Sie habe den Anspruch, dass dort ein verträgliches Gebäude realisiert werde, das diesen städtebaulichen Ansprüchen genüge.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22d)	<b>Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern, Haltebalken für den Radverkehr, Piktogramme in der Martinistraße</b> -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Saxe** führt aus, dass weiße Haltelinien die geltenden Regeln verdeutlichen. Konflikte gebe es zwischen allen Verkehrsteilnehmern. Es sei daher ein wichtiger Bereich des in Arbeit befindlichen Konzeptes Verkehrssicherheit, über Öffentlichkeitsarbeit für Verständnis und Rücksichtnahme unter den verschiedenen Verkehrsteilnehmern zu werben.

**Herr Werner** weist darauf hin, dass in der Martinistraße keine Radwegebenutzungspflicht gelte. Wenn man den Radweg an dieser Stelle sehr präsent markiere, dann müsse man darauf achten, dass dies nicht den Eindruck einer Benutzungspflicht erwecke.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und*

*Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22e)	<b>Erhaltungsmanagement von Straßen Durchführung von Erfolgskontrollen im Sinne von § 7 LHO</b> -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22f)	<b>Evaluation der Abfallgebühren für Gewerbetreibende</b> - 23-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass sich die Befürchtungen bei der Umstellung der Gebührenordnung für die Gewerbetreibenden nicht bewahrheitet hätten.

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 22g)	<b>„partnerschaft umwelt unternehmen“</b> - 2 -	BdV L/S schriftlich
----------	--	---------------------------

Siehe auch Protokoll der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 05.03.2015.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22h)	<b>Wichtige Baustellen im Straßennetz im Jahr 2015</b> - 51 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Auf die Nachfrage von **Herrn Pohlmann**, ob Einvernehmen mit dem Beirat in der Frage des Gleisersatzbaus Waller Heerstraße erzielt werden konnte berichtet **Herr Polzin**, dass Gespräche mit führenden Vertretern des Beirats Walle stattgefunden hätten. Die Vertreter des Beirats konnten die fachliche Argumentation der Verwaltung nachvollziehen, so dass man sich auf dem Weg der Einigung befinde. Aus Sicht des Beirates sei die Frage jedoch noch nicht abschließend geklärt.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 22i)	<b>„Stadt der Zukunft - Lebenswerte Innenstädte durch emissionsfreien Verkehr“</b> <b>Studie des Öko-Instituts e. V. zu den Potenzialen eines emissionsfreien Verkehrs in Bremen und Stuttgart</b> - 5 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und*

*Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 22j)</b>	<b>Vermeidung von Konflikten bei der Ansiedlung von Gewerbe in Wohngebietsnähe</b> -71- / -SWAH-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 22k)</b>	<b>Innenstadtwohnen - Planungsmotto: ‚Neues Wohnen. Moderne Bürostrukturen‘</b> -7-	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

**Frau Prof. Dr. Reuther** stellt zwei Studien vor, die als Broschüre und über die Internetseite des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr erhältlich seien: „Neuer Raum für Arbeit – Revitalisierung von Büroimmobilien“ und „Umwandlung von Büroimmobilien in Wohnraum“. Diese beiden Studien gingen auf das Innenstadtkonzept Bremen 2025 zurück und in Bezug auf das Wohnen auch auf einen Auftrag aus dem Bremer Bündnis für Wohnen, Bereiche für zentral gelegenen Wohnraum in der Innenstadt zu finden. Untersucht wurden insbesondere Büroimmobilien aus den 60er Jahren im direkten Innenstadtbereich. Damit lägen nun Erkenntnisse vor, solche Baustrukturen und Wohnformen für die Innenstadt anzugehen. In einem nächsten Schritt würden geeignete Pilotprojekte ermittelt.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 22l)</b>	<b>Wohnungsbaukonzeption</b>	BdV mündlich
-----------------	------------------------------	-----------------

**Herr Pohlmann** erinnert an das Gewos- Gutachten, das den analytischen Teil bilde. Als nächstes müsse daraus eine neue Wohnungsbaukonzeption folgen, die die Ergebnisse des Gewos- Gutachten aufgreife. Dabei müssten auch Konfliktpunkte berücksichtigt werden.

**Frau Prof. Dr. Reuther** führt aus, dass mit Blick auf die Erkenntnisse aus dem Gewos- Gutachten die Standortentwicklung sowohl der inzwischen über 40 Standorte der 30+ Liste, die Entwicklungen im Bestand und auch die Perspektiven, die aus dem Flächennutzungsplan hervorgehen, betrachtet würden. Dies erfordere einige Zeit. Über die Größenordnung, die als Erkenntnis aus diesem Gutachten mitgenommen wurde, habe man bereits im Bündnis für Wohnen gesprochen. Neben dem Thema Wohnungsbaukonzeption könnte über einen integrierten Stadtentwicklungsplan oder ein Konzept „Wohnen“ nachgedacht werden, insbesondere über den Umgang mit Bestand, die speziellen Fragen im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung, welche Zielgruppen welche Nachfragesituationen brauchen und welche Angebote und welche Strategiebausteine man dafür brauche. Es sei ein größerer und ausführlicherer Arbeitsschritt und natürlich auch ein Kommunikationsprozess. Dazu gehörten neben den Gesprächen mit den Akteuren im Bündnis für Wohnen auch Fachgespräche. Es werde kein einfacher Prozess werden, der mindestens ein halbes Jahr dauern werde.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass bis die Wohnungsbaukonzeption erarbeitet sei, kontinuierlich weiter mit den bisherigen Maßnahmen und Werkzeugen wie der Liste der 40+ Flächen und des Wohnraumförderprogramms der Wohnungsbau vorangetrieben werde. Die Wohnungsbaukonzeption sei eine Planung, die auf die Erreichung von Wohnungsbauzielen mehrjährig in die Zukunft gerichtet sei. Diese müsse auf substanziellem Boden und im Dialog mit den Akteuren durchgeführt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>NACH-TRAG TOP 22m</b>	<b>Ausschreibung ehemaliges Schulgrundstück Otto-Braun-Straße Bebauungsplan 2423 (Entwurf)</b> -6-	BdV schriftlich
--------------------------	---	--------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass der Beirat Vahr sich vorstelle, dass in der Ausschreibung für die Fläche nicht auf die 25% Quote an sozialem Wohnungsbau verwiesen werde. Bisher sei auch in der Deputation davon ausgegangen worden, dass dort weniger als 50 WE errichtet werden. Dies werde sich in der weiteren Konkretisierung nach der Ausschreibung präzisieren. Eine generelle Ausnahme von der 25% Quote auf Wunsch des Beirates schaffe einen Präzedenzfall und unterlaufe damit die Ziele des Senats. Es sei dazu ein Gespräch mit VertreterInnen des Beirates und der Ortsamtsleiterin terminiert.

**Herr Pohlmann** stellt fest, dass es nicht nur um eine Problematik des Beirates gehe. Wie es dort weiter gehen solle, sei von großer Bedeutung für den Stadtteil. Was eigentlich gebraucht werde, sei ein Aufschlag von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, der Gewoba, in einer Größenordnung von 1.200 Wohnungen. Die Vorgabe von 25% sei eine politische Verabredung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>NACH-TRAG TOP 22n)</b>	<b>Fahrradstraßen integriert planen und kommunizieren</b> - 5-	Vorlage 18/521
---------------------------	---	-------------------

**Herr Saxe** begrüßt die Bremer Leitlinie für die Gestaltung von Fahrradstraßen und die mögliche Ausweisung weiterer Fahrradstraßen. Die Vegesacker Straße sei bereits vom Beirat beschlossen worden, für die anderen Straßen werde man sich jetzt mit den Beiräten ins Benehmen setzen. Die Regeln in Fahrradstraßen seien allerdings wenig bekannt. Er berichtet von einer Aktion in Hamburg, wo mit großen Transparenten auf die Regeln in einer Fahrradstraße hingewiesen werde. Er regt an, eine solche Aktion auch in Bremen durchzuführen und damit die Rücksichtnahme unter den Verkehrsteilnehmern zu verbessern.

**Herr Pohlmann** betont, dass in der Überschrift dieses Koalitionsantrags ganz bewusst auch kommunizieren stehe. Es sei gut, dass es diese Regeln zur einheitlichen Gestaltung gebe. Aber es gebe viel Unkenntnis und daher sei der wichtige Punkt das Gespräch mit der Bevölkerung, mit den Firmen vor Ort. Dies müssten die einzelnen Beiräte organisieren. Er entnehme der Vorlage, dass die genannten acht Straßen die Voraussetzungen für Fahrradstraßen erfüllen. Im Beirat Gröpelingen sei davon noch nichts bekannt, mit diesem müsse man sprechen. Man müsse dafür werben, dass es diese Möglichkeit gebe. Es gehe nicht nur um die Verkehrssicherheit, sondern auch um die Aufwertung eines ganzen Quartieres. Die Fahrradstraßen seien eine gute Weiterentwicklung der Verkehrspolitik, auf die man sich im breiten Bündnis im Rahmen des VEP geeinigt habe.

**Herr Polzin** erläutert, dass die Behörde bisher sehr reaktiv tätig war auf Wunsch von Beiräten. Dies habe zu sehr unterschiedlich breiten Fahrradstraßen geführt, die schwer in eine Leitlinie integrierbar seien. Dennoch solle geprüft werden, inwieweit die vorhandenen Fahrradstraßen diesen Leitlinien im Rahmen des verfügbaren Straßenraums nachträglich angepasst werden können. Fahrradfahrer sollten sich in der Fahrradstraße sicherer und komfortabler bewegen können. Die genannten Straßen seien nach den ersten Überprüfungen mit geringfügigem oder



gar keinem Umbau und deshalb auch zeitnah realisierbar. Es sei beabsichtigt, die Beiräte und auch die Gesamtbeirätekonzferenz über diese Richtlinie zu informieren.

**Herr Hamann** weist darauf hin, dass es auf dem Radweg an der Kleinen Wümme keine Bevorrechtigung für Fahrradfahrer gebe. Außerdem befinde sich an einer Stelle ein Gitter, durch das ein Fahrrad mit Anhänger nicht hindurchkomme. Hier müsse etwas geändert werden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Strohm** erklärt **Herr Polzin**, dass der Zusatz, dass Kfz zulässig seien, in Fahrradstraßen immer mitgeführt werde. Reine Fahrradstraßen seien nicht vorgesehen.

**Herr Ilgner** ist überrascht über die Vorgabe von Mindestbreiten. Dann müsste eine funktionierende Fahrradstraße in Borgfeld zurückgenommen werden, weil dort die Mindestbreite nicht erreicht werde und in einem anderen Fall, wo der Beirat eine Fahrradstraße fordere, bestünde aufgrund mangelnder Breite überhaupt keine Chance auf Realisierung. Er schlägt vor, das Wort grundsätzlich einzufügen, um Einzelfalllösungen vor Ort möglich zu machen.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt klar, dass Einzelfalllösungen der diametrale Gegensatz zu dem Wunsch nach einheitlichen Gestaltungsrichtlinien seien.

**Herr Blanke** erklärt, dass auch der Beirat Huchting noch nichts davon wisse, dass eine Fahrradstraße in Huchting ausgewiesen werden solle. Dies sei nicht ganz glücklich gelaufen, es sei ja aber auch noch nicht so beschlossen. Der Willakedamm sei eine Straße, die vom Grundsatz her in Frage komme. Dort würden viele Schüler fahren. Aber der Willakedamm werde in Kürze einem Umbau unterliegen im Zusammenhang mit dem Bau der Straßenbahn.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt die Einführung der Bremer Leitlinien für die Gestaltung von Fahrradstraßen.

Einstimmig

<b>NACH-TRAG TOP 22o)</b>	<b>Sachstand des Bauabschnitts 2/2 der BAB A 281</b> -5-	BdV L/S schriftlich
---------------------------	---	---------------------------

Siehe auch Protokoll der 41. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 05.03.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 23</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 23a</b>	<b>Studie zur Feinstaubbelastung</b>	<b>mündlich</b>

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet auf Grund eines Artikels im Weser-Kurier zu einem Gutachten eines österreichischen Physikers. Dieses sei im Auftrag der EU-Kommission erstellt worden und

stelle eine Prognose für die Luftverschmutzung in Europa im Jahr 2030 dar. Für die Freie Hansestadt Bremen wird prognostiziert, dass sie 2030 zu den vier Städten mit den schlechtesten Luftqualitätswerten in Deutschland gehören werde.

Diese Studie sei in Ihren Ergebnissen und Schlussfolgerungen nicht nachvollziehbar. Bremen stehe heute gut da, auch im Vergleich zu vielen anderen Städten, von denen diese Studie prognostiziere, dass sie künftig eine bessere Luftqualität haben würden als Bremen. In dem Artikel würden zudem die Begrifflichkeiten von Grenzwerten und Vorsorgewerten aus Gesundheitssicht durcheinander gebracht. Bremen halte seit einigen Jahren die Grenzwerte für Feinstaub zuverlässig ein, wenn auch nicht mit großem Sicherheitsabstand. So könne die Umweltzone derzeit nicht abgeschafft werden. Der Jahresmittelwert werde eingehalten und auch die zulässige Anzahl von 35 Überschreitungen je Jahr werde nicht erreicht.

Die WHO empfehle aus gesundheitlicher Sicht einen Vorsorgewert von 20 µg als Vorsorgewert. Dies sei kein gesetzlicher Grenzwert und vor allen Dingen bewege sich dieser Wert in derselben Größenordnung wie die aktuelle Hintergrundbelastung. Dieser Wert sei daher zurzeit in einer Großstadt relativ unrealistisch zu erreichen. Vor wenigen Wochen wurde beschlossen, bei Ausschreibungen für öffentliche Baumaßnahmen Baumaschinen zu verlangen, die verbesserte Abgasstandards erfüllen und das Ressort sei stetig dabei, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität durchzuführen. Bis sich der schärfere Abgasstandard für Autos und LKW in der Flotte wirklich niederschläge, dauere es 10- 15 Jahre.

**Herr Bürger** hatte Kontakt zum Gutachter aufgenommen, um sich das Modell grob erklären zu lassen und einen Erklärungsansatz für das aus Bremer Sicht überraschende Ergebnis des Gutachtens zu bekommen.

Das zugrunde liegende Modell gehe von Emissionsdaten aus, die über die statistischen Landesämter gesammelt würden. Diese seien deutlich höher als die Daten, die an das Umweltbundesamt (UBA) und an die EU gemeldet werden. Dieses Modell arbeite mit einem Raster mit einer Kantenlänge von 28 km. Damit stelle die Stadt Bremen im Wesentlichen einen einzigen Rasterpunkt dar, mit den Stahlwerken, mit allen Emissionen der Stadt. Die Quellhöhe scheine dabei keine Rolle zu spielen. Spezifika aus der Region oder aus lokalen Situationen würden nicht berücksichtigt. Darunter falle unter anderem der Standort der Luftmessstation. Dieser sei aus Sicht der Behörde gut gewählt, weil er eine Extremsituation am Dobbenweg darstelle. Maßnahmen zur Luftreinhaltung wie der Car-Sharing-Aktionsplan, der bis 2020 20.000 TeilnehmerInnen und damit eine deutliche Reduzierung des Individualverkehrs vorsehe oder die Umweltzone seien nicht berücksichtigt worden. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen würden für einen Mitgliedstaat insgesamt betrachtet und nicht regional unterschieden. Insgesamt wurde auf Daten aus dem Jahr 2009 zurückgegriffen, was eine ausdrückliche Vorgabe der EU Kommission gewesen sei, die diese Studie beauftragt habe.

Bremen habe beim Feinstaub 2009 bis 2011 bei 32 bis 34 µg PM10 im Jahresmittel gelegen, in den letzten Jahren dagegen bei 24 bis 27 µg. Ein wesentlicher Faktor in der Studie sei gewesen, dass der Reifenabrieb, die Aufwirbelung an der Verkehrsmessstation im Anteil relativ hoch sei. Dies sei ein Faktor, den man als Kommune nicht beeinflussen könne.

Vom UBA selbst liege eine Studie aus dem letzten Jahr vor, die für Bremen und den Bremer Großraum im Jahr 2030 16- 18 µg PM 10 prognostiziere. Das Gutachten im Auftrag der EU, so erläuterte der Gutachter in dem genannten Telefonat Herrn Bürger, gehe von 25 µg aus, allerdings werde ein Korridor von 25-35 µg angegeben. Im UBA- Ranking aus dem letzten Jahr liege Bremen an der Messstation Dobbenweg mit 27 µg im Jahresmittel auf Rang 34 in Deutschland. Die Hintergrundmessstation in Oslebshausen zeige immer noch 21 µg. Damit stehe Bremen auf Rang 24 der Hintergrundstationen. Ausgehend von diesen Werten der Hintergrundmessstation könne Bremen die Empfehlung der WHO von 20 µg kaum erreichen, da diese unterhalb der aktuellen Hintergrundwerte liege. Dort würden alle Emissionen erfasst, die auf die Stadt einwirken. Die WHO Empfehlung wäre dann zu erreichen, wenn man in der Region Bremen den Individualverkehr sofort auf Null reduzieren würde. Dies müsste bei dieser Studie auch berücksichtigt werden.

Die aktuellen Entwicklungen sehen anders aus, als die Studie prognostiziert. Nach dem ersten Entwurf des Jahresberichts aus dem Luftmessnetz zu 2014 liege Bremen bei 26 bis 27 µg PM 10 und bei der Anzahl der Überschreitungen des Tagesmittelwerts von 50 µg, was 35 mal im Jahr zulässig sei, im unteren Mittelfeld.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass gerade das Alter der Datenbasis eine wichtige Rolle spiele. Alle Maßnahmen seit 2009 seien in dieser Studie nicht berücksichtigt worden. Bei einer Rasterzelle von 28 km<sup>2</sup>, die auch nicht nach Quellhöhe differenziere, also nicht unterscheidet, wie sich große Emittenten wie ein Kraftwerk, ein Stahlwerk oder ähnliches auf die innerstädtische Belastungssituation auswirkten, sei diese Studie nicht besonders nah an der Realität. Nach den aktuelleren Daten des UBA sei man in Bremen auf einem ganz guten Wege, nicht nur die EU-Luftqualitätsrichtlinie weiterhin zuverlässig einzuhalten, sondern sich auch deutlich dem Ziel zu nähern, die Vorsorgewerte der WHO auch zu erreichen, trotz der natürlichen Hintergrundbelastung.

**Herr Bürger** ergänzt, dass man auf dem eingeschlagenen Weg weiter gehen werde. Der Anteil am Fahrradverkehr könne weiter gesteigert und Car-Sharing weiter ausgebaut werden. Der ÖPNV könnte bis 2030 weitgehend elektrifiziert sein. Deswegen sollte diese Studie Anreiz sein, auf diesem Weg weiter fortzufahren.

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Staubbelastung durch die Stahlwerke in Hasenbüren und Seehausen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schaefer und Herrn Imhoff am 03.05.2015</b>	<b>Geplant am 30.04.2015</b>
<b>Überwegung an der Haltestelle Georg-Henschel-Straße</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Jägers und Herrn Hamann am 04.03.2015</b>	<b>Geplant am 30.04.2015</b>

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 42. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll